

N i e d e r s c h r i f t

SOZ/017/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 30.10.2007**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop SPD

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis SPD

Frau Christel Brachmann CDU bis 18.55 Uhr

Frau Christa Gieseke CDU

Herr Alfred Holtel FDP

Herr Dr. Dietrich Kühn SPD

Frau Barbara Meinert SPD

Herr Wilhelm Stegemeyer CDU

Herr Friedel Theismann CDU

Frau Annette Tombült CDU bis 18.55 Uhr

Herr Hartmut Wehr CDU bis 19.15 Uhr

Herr Ludger Winnemöller CDU bis 18.55 Uhr

Vertreter:

Herr Siegfried Mau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertretung für Frau Iris Rieke

Frau Theresia Nagelschmidt CDU Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle

Frau Anna Hölzen

Frau Vivien Schöpker

Herr Heinz Thalmann

bis 17.30 Uhr

Gäste:

Herr Werner Althoff

Herr Dr. Hollwitt

Frau Judith Renger

Herr Thomas Rickert

Verwaltung:

Frau Christa Heufes

Frau Christa Koch

Frau Ute Ehrenberg

Herr Ludger Schöpfer

Herr Henning Viehoff

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Marcel Tewes

FSL

Öffentlicher Teil:

**1. Niederschrift Nr. 15 über die gemeinsame öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses am
28.08.2007**

I/A/0010

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

2. Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung am 28.08.2007

I/A/0050

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.08.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0080

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Umzug und Abbruch des Jugendtreffs Raduga

Das Gebäudemanagement der Stadt Rheine hat den FB 2 informiert, dass die Angebote für die Abbrucharbeiten der Häuser Lingener Straße 43 – 47, unter denen sich auch der Treff für junge Aussiedler Raduga befindet, am 6. November 2007 geöffnet werden.

Ab diesem Datum kann jederzeit mit dem Abriss der Häuser gerechnet werden. Man muss also davon ausgehen, dass der Jugendtreff ab der 2. Novemberwoche nicht mehr zur Verfügung steht.

Inzwischen hat sich die Arbeitsgemeinschaft „Offene Jugendarbeit“ nach § 78 KJHG mehrmals mit dem Thema Jugendtreff für junge Aussiedler befasst. Mehrere Jugendheime haben ihr Interesse und ihre Bereitschaft bekundet, spezielle Öffnungszeiten und Angebote für junge Aussiedler anzubieten. Die bisherigen Träger der Radugaarbeit, die Caritas-Migrationsdienste und die Projektgruppe Migration, haben hierzu passende Vorstellungen zur Fortsetzung der Arbeit mit jugendlichen und jungen erwachsenen Spätaussiedlern schriftlich dargelegt.

Die erste Sitzung zur Neukonzeption mit den vom Sozialausschuss beschlossenen Teilnehmern (Vertreter der Offenen Jugendarbeit, bisherige Träger, Jugendamt, Verein „Kulturhaus Neubürger“, Betroffenen) wurde terminiert.

An die Jugendlichen im Treff Raduga ergingen die Einladungen, die Jugendtreffs der Offenen Jugendarbeit durch Besuche während und außerhalb der Öffnungszeiten kennen zu lernen. Somit ist eine sinnvolle Übergangslösung bis zur endgültigen Erarbeitung des neuen Konzepts gegeben.

Antrag der SPD-Fraktion vom 17.09.2007

Projektanträge nach dem KOMM-IN NRW Förderprogramm

In ihrem o. g. Antrag fordert die Fraktion der SPD die Verwaltung auf, auf der Basis der 12 priorisierten Handlungsempfehlungen der Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzepts zwei Förderanträge nach dem Landesprogramm KOMM-IN NRW zu stellen:

1. Einen besonderen Schwerpunkt soll die Priorität 10 haben (das ist: Neue Konzepte für die Jugendarbeit mit Spätaussiedlern). Ziel ist eine Heranführung an die allgemeinen Angebote der Offenen Jugendarbeit in den Stadtteilen und eine Fortbildung der dortigen Mitarbeiter(innen) in interkultureller Kompetenz.

2. Vorbereitung und Durchführung einer umfassenden Integrationskonferenz auf der Grundlage der Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzepts und dem Ziel, alle Beteiligten vor Ort zusammenzubringen und das Miteinander in Rheine noch weiter zu stärken.

Letzter Termin für eine Antragstellung ist der 30.11.2007.

Die Verwaltung hat Kontakt mit dem „Institut für soziale Innovation“ in Solingen aufgenommen, das landesweit in der Antragsausgestaltung für KOMM-IN-Fördermittel tätig ist. Von dort aus werden die notwendigen Antragsformalitäten nun zeitgerecht vorbereitet.

Herr Mau fragt an, ob von Seiten der Verwaltung weitere Förderungsmöglichkeiten geprüft werden.

Hierzu teilt Herr Schöpfer mit, dass sich die Verwaltung auf die beiden oben genannten Förderanträge konzentriert. Er gibt zu Bedenken, dass bereits früher KOMM-IN-Fördermittel beantragt wurden; diese wurden jedoch auf Grund erschöpfter Mittel abgelehnt. Insofern sei es schon ein Erfolg, wenn die Stadt Rheine bei diesen Förderanträgen zum Zuge kommt.

4. Informationen

I/A/1040

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Wohnformen für Menschen mit Behinderungen im Kreis Steinfurt

Der Kreis Steinfurt hat als örtlich zuständiger Träger der Sozialhilfe mit dem Landschaftsverband Westfalen – Lippe im April 2006 eine Zielvereinbarung unterzeichnet, die im Wesentlichen Aussagen zur Bedarfsplanung, zum Hilfeplanverfahren, zu Angeboten ambulant betreutes Wohnen und stationäres Wohnen, zur Familienpflege und zu den komplementären Angeboten des Kreises für Menschen mit Behinderung enthält.

Der Kreis Steinfurt und der LWL haben zur der ersten vertraglich vereinbarten Regionalplanungskonferenz am 31.08.07 für psychisch erkrankte und abhängigkeitskranke Menschen und am 04.09.07 für Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung die Leistungsanbieter und die Betroffenenseite eingeladen. In der Versammlung wurde von Seiten des LWL Datenmaterial u. a. zu stationärem und ambulantem Wohnen vorgestellt, das jedoch erst als Zwischenstand zu sehen ist.

Der LWL wird derzeit keine weiteren stationären Wohnheimplätze für Menschen mit Behinderung im Kreis Steinfurt genehmigen. Der LWL setzt verstärkt auf Rotation auf den vorhandenen stationären Plätzen. Deshalb laufen weitere Trägergespräche und Prüfung der Einzelakten der WohnheimbewohnerInnen. Weiterhin beabsichtigt der LWL, zukünftig in einigen Bereichen von Westfalen Überkapazitäten im stationären Wohnen abzubauen und Trägern, die von einem solchen Abbau betroffen sind, anzubieten, stationäre Wohnangebote dort zu schaffen, wo es noch Bedarfe gibt (LWL-platzzahlneutral). Dieses Vorhaben stößt auf Kritik der gewachsenen Trägerstruktur im Kreis.

Die umfangreichen aufgeworfenen Fragestellungen aus der Regionalplanungskonferenz müssen in den Gremien des LWL und des Kreises Steinfurt thematisiert und besprochen werden.

Junge Pflege im Altenheim St. Josefshaus

Das St. Josefshaus wird seit ca. einem Jahr mit der Problematik jüngerer Pflegebedürftiger Menschen konfrontiert. Daher hat sich das St. Josefshaus entschlossen, einen eigenen Wohnbereich und ein neues Angebot für jüngere pflegebedürftige Menschen zu schaffen. Das zugrunde liegende Konzept wird dem Protokoll beigelegt.

(Anmerkung der Verwaltung: Das Konzept ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.)

Für den Bereich der jungen Pflege steht das Nebengebäude mit insgesamt 15 Einzelzimmern und einem Doppelzimmer ab sofort zur Verfügung. Bauliche Erweiterungen für Speise- und Aufenthaltsräume sind für Sommer 2008 geplant.

Damit wird jedoch nicht das Platzangebot des St. Josefshauses erweitert. Vielmehr wird der Bereich der Jungen Pflege spezialisiert und das bestehende Angebot breiter gefächert.

Mehrgenerationenhäuser

Der Kinderschutzbund Rheine stellte in der Sozialausschusssitzung am 15. Mai 2007 seine Planungen zum „Haus ohne Barrieren“ vor.

Mit seiner Konzeption „Haus ohne Barrieren“ hat sich der Kinderschutzbund im Rahmen des „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die zweite Ausschreibungsphase um die Trägerschaft eines Mehrgenerationenhauses beworben. Insgesamt lagen 750 Bewerbungen vor, 259 Mehrgenerationenhäuser wurden in der zweiten Ausschreibungsphase in das Aktionsprogramm aufgenommen.

Am 27. August 2007 erhielt die Bürgermeisterin vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die großartige Mitteilung, dass auch der Kinderschutzbund Rheine ausgewählt wurde und am Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser teilnehmen kann.

Die Förderung sieht so aus, dass für jedes Mehrgenerationenhaus aus Bundesmitteln 40.000 € jährlich für eine Gesamtlaufzeit von 5 Jahren zur Verfügung gestellt werden.

5. Informationen aus dem Integrationsrat

I/A/1460

Eine Berichterstattung aus dem Beirat erfolgt nicht.

6. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

I/A/1520

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

Er berichtet von der Kritik einiger Betroffenen, dass es keine Sprachansagen in den Stadtbussen gibt. Aus diesem Anlass gab es ein Gespräch zwischen dem Beirat und der Verkehrsgesellschaft. Die Verkehrsgesellschaft hat eine Nachrüstung der Busse zugesagt.

Frau Knoop teilt hierzu mit, dass Sie von Vertretern des Verkehrsbeirates die Information erhalten habe, dass sechs Busse bereits umgerüstet seien; die restlichen Busse sollen im Laufe des Novembers folgen.

7. Informationen aus dem Seniorenbeirat

I/A/2040

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

8. Informationen aus dem Familienbeirat

I/A/2600

Frau Hölzen berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

9. Erfahrungsbericht des Migrationsbeauftragten

I/A/2600

Herr Althoff berichtet über seine Arbeit als Migrationsbeauftragter der Stadt Rheine.

Sein Bericht ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

10. jfd-Beratungszentrum für Erwerbslose Vorlage: 460/07

I/A/3520

Herr Rickert und Frau Renger vom Jugend- und Familiendienst e.V. in Rheine berichten an Hand eines beamerunterstützten Vortrages über die Arbeit des jfd-Beratungszentrum für Erwerbslose.

Die Folien zum Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Herr Rickert weist darauf hin, dass sich das Land NRW und die EU voraussichtlich zum 30.09.2008 aus der Förderung des Zentrums zurückziehen werden. Insgesamt geht es hierbei um einen Fördergelderausfall in Höhe von rund 64.000 Euro.

Durch den Wegfall der Gelder ist das Beratungszentrum für Erwerbslose in seiner Existenz gefährdet.

Frau Brachmann von der CDU-Fraktion unterstreicht die Notwendigkeit der Fortführung der bislang geleisteten Arbeit.

Herr Dr. Kühn stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, ein Konzept für die Fortführung dieser Arbeitslosenberatung zu erstellen.

Herr Holtel hebt ebenfalls die Notwendigkeit der geleisteten Arbeit hervor; er sieht die Verantwortung für die Weiterführung des Angebotes aber beim Kreis Steinfurt als den zuständigen Optionsträger, da der Kreis Steinfurt auch für die Arbeitslosenberatung zuständig ist.

Herr Schöpfer hält es für erforderlich, dass der jfd mit dem Kreis Steinfurt als Optionsträger Kontakt aufnimmt um abzuklären ob der Kreis bereit ist, die Arbeitslosenberatung des jfd zu fördern, um sie als zusätzliches Beratungsangebot in Anspruch nehmen zu können.

Zum Schluss der ausführlichen Erörterung dieses Themas fasst der Sozialausschuss folgenden geänderten Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Vertreter des Jugend- und Familiendienstes zum jfd-Beratungszentrum (Beratungsstelle und Arbeitslosenzentrum) zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, die Aktivitäten des jfd zur Fortführung des Beratungszentrums für Erwerbslose aktiv zu unterstützen und soweit erforderlich Gespräche zwischen den beteiligten Sozialleistungsträgern auf den Weg zu bringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Bestandsaufnahme zu Struktur, Zweck, Zielen und Zukunft von Seniorenbegegnungsstätten in Rheine
Vorlage: 454/07

I/B/3510

Frau Koch stellt an Hand eines folienunterstützten Vortrages die Ergebnisse der Befragung der Seniorenbegegnungsstätten und Altenclubs auf Grundlage der zurückgesandten Fragebögen dar.

Die Folien zu diesem Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Frau Knoop bedankt sich bei Frau Koch für die geleistete Arbeit bei dieser Befragung und bittet um Auskunft darüber, wie mit den Ergebnissen weiter umgegangen wird.

Hierzu teilt Frau Koch mit, dass man mit den an der Befragung teilgenommenen Begegnungsstätten Kontakt aufnehmen wird, um auf Grundlage dieser Auswertung die zukünftige Arbeit der Begegnungsstätten weiter zu optimieren.

Herr Beradis fragt nach, ob auch ausländische Gruppen und Vereine an der Befragung teilgenommen haben.

Frau Koch führt aus, dass an der Befragung nur die Begegnungsstätten teilgenommen haben, die auch im Arbeitskreis der Senioren und Seniorinnen organi-

siert sind und die offen für alle Senioren und Seniorinnen der Stadt sind und für ihre Programmgestaltung Bezuschussungen erhalten.

In diesem Arbeitskreis sind jedoch keine Seniorengruppen mit ausschließlich ausländischen Senioren und Seniorinnen organisiert; es sei jedoch wünschenswert, wenn zukünftig auch diese Gruppen an dem Arbeitskreis teilnehmen.

Frau Knoop bittet in diesem Zusammenhang Frau Schöpker, die Anregung mit in den Integrationsrat zu nehmen, dass Vertreter dieser Gruppen in Rheine Kontakt mit Frau Koch aufnehmen um auch diese Gruppen mit dem Arbeitskreis der Senioren zu vernetzen.

Herr Theismann unterstreicht die Notwendigkeit, auch ehrenamtliches Personal in diesem Bereich ausreichend zu qualifizieren. Frau Koch teilt mit, dass in der Zukunft Schulungen geplant sind. Aus diesem Grund wurde bereits Kontakt mit der VHS und dem Jugend- und Familiendienst aufgenommen.

Am Ende der weiteren Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Befragung der Seniorenbegegnungsstätten und Altenclubs zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und dem Arbeitskreis der Senioren auf der Grundlage der Ergebnisse der Befragung Handlungsperspektiven in der offenen Altenarbeit für sich verändernde Bedarfslagen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Nachrück- und Benennungsverfahren
• Beirat für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 455/07

II/A/2920

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss benennt Herrn Dieter Fühner, bisheriger Stellvertreter von Herrn Harald Hilbig, zum ordentlichen Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung.
2. Der Sozialausschuss benennt Herrn Wilfried Wewer, bisheriger Stellvertreter von Herrn Heinz Thalmann, zum ordentlichen Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung.
3. Der Sozialausschuss benennt Herrn Richard Gröpler zum persönlichen Stellvertreter von Herrn Dieter Fühner.
4. Der Sozialausschuss benennt Herrn Helmut Tiekötter zum persönlichen Vertreter von Herrn Heinz Thalmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen - Pinienweg
Vorlage: 425/07**

I/A/2940

Frau Knoop verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Herr Holtel teilt mit, dass nach seiner Ansicht die RVM für die barrierefreie Ausgestaltung der Überquerung zuständig ist.

Herr Schöpfer teilt hierzu mit, dass auch die Stadt Rheine die vorrangige Zuständigkeit bei der RVM sieht. Gespräche zwischen der RVM und dem damals zuständigen Dezernenten Herrn Dr. Kratsch haben jedoch ergeben, dass die RVM den Bahnübergang schließen wird, wenn die Stadt auf einem barrierefreien Ausbau des Bahnüberganges besteht. Die Stadt Rheine sieht daher als einzige Möglichkeit für den barrierefreien Ausbau des Bahnüberganges die Finanzierung der Maßnahme aus dem städtischen Budget.

Herr Theismann bittet darum, bei der Lageplanerstellung zukünftig deutlicher die genaue Lage der Baumaßnahme darzustellen.

Am Ende der Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt einen Teil der vorhandenen Haushaltsmittel für das „Behindertengerechte- und barrierefreie Bauen“ in Höhe von 22.500,00 € wie folgt einzusetzen:

Umbau des Fußweg-Bahnübergangs im Verlauf des bestehenden Fußweges zwischen dem Rodder Damm und dem Pinienweg / Holunderweg zur barrierefreien Ausgestaltung (Investitionsbedarf laut Kostenschätzung 22.500,00 € - Anlage 1 -)

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

14. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/A/3300

Da es bereits nach 19.00 Uhr ist, zieht Frau Knoop den Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde vor.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**15. Zwischenbericht für das III. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Sozialausschusses -
Vorlage: 457/07**

II/A/3340

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Sozialausschusses - zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Anfragen und Anregungen

II/A/3380

Bezogen auf den Bau von Altenpflegeeinrichtungen bringt Herr Theismann sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Politik keinen Einfluss auf den Bau dieser Einrichtungen hat, sondern ausschließlich der Markt durch Angebot und Nachfrage diesen Wettbewerb regelt.

Frau Knoop bedauert in diesem Zusammenhang, dass von Seiten des Kreises Steinfurt keine Bedarfsplanung existiert, die den weiteren Bau solcher Einrichtungen steuern könnte. Sie regt daher an, dass die Stadt Rheine selbst eine solche Bedarfsplanung in Auftrag gibt. Die Kosten hierfür könnten am Ende deutlich billiger sein, da es ansonsten bei nicht ausgelasteten Pflegeeinrichtungen zu einem Zuzug von Nicht-Rheinensern kommen könnte, die wiederum das Budget im Bereich der Sozialhilfe belasten.

Frau Ehrenberg hält diesen Vorschlag für sinnvoll und bittet die Mitglieder des Sozialausschusses sich im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen für die Finanzierung einer solchen Bedarfsplanung einzusetzen.

Ende der Sitzung:

19:30 Uhr

Knoop
Ausschussvorsitzende

Viehoff
Schriftführer

